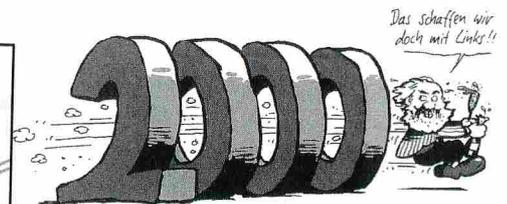
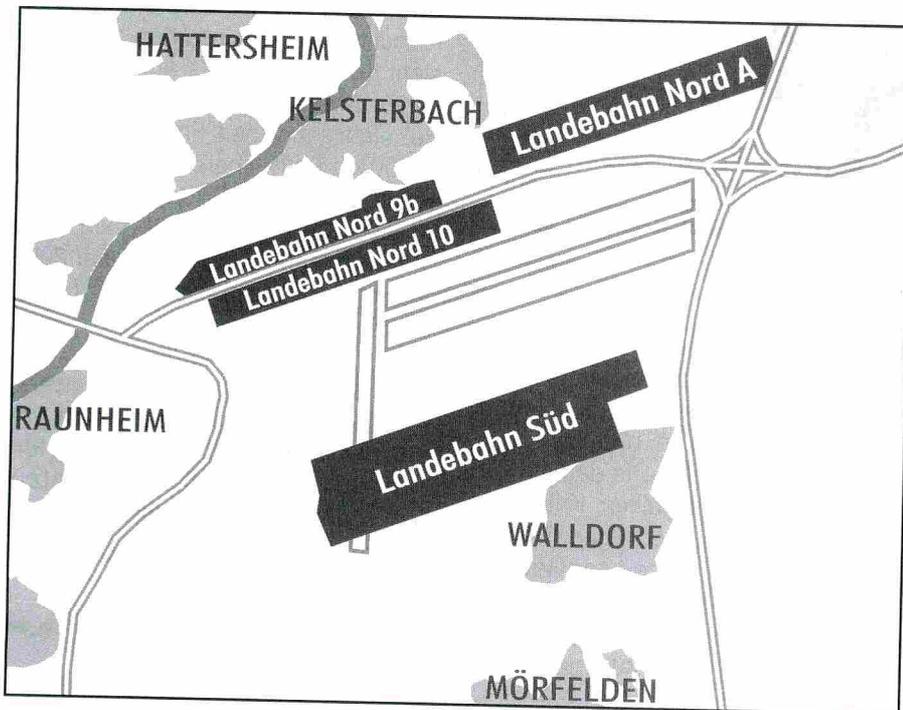


# blickpunkt

349 1/2000

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf



## Dieses Jahrtausend braucht Frieden und eine gerechte Gesellschaftsordnung

Wir erleben zur Zeit 35 regionale Kriege. Jugoslawien hat viele aufgeschreckt, jetzt erschüttern uns die Bilder aus Tschetschenien.

Wir erleben einen gewaltigen Sprung bei der Entwicklung der Produktivkräfte. Die Folge ist eine umfassende Veränderung auf dem Globus, dies führt zu schlimmen Auswirkungen für einen größeren Teil der Erdbevölkerung, während ein kleinerer Teil davon profitiert. Chancen zur Lösung von Problemen und gewaltige Zuspitzung der Widersprüche stehen sich gegenüber.

Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa erleben wir einen entfesselten Kapitalismus, kaum gebremst durch gesellschaftliche Gegenkräfte.

Aber es wird neue Anläufe geben, eine gerechtere Gesellschaftsordnung zu erreichen. Auch in unserem Land: Neue Chancen sind da. Streik- und Widerstandsaktionen, die Formierung außerparlamentarischer Bewegungen, die Initiativen gegen Flughafenerweiterungen und Castortransporte, die zunehmende Verdrossenheit über die Arroganz der politisch Mächtigen, über immer neue Schmiergeldaffären in dieser verflochten und verkohlten Republik, der deutlich werdende Widerspruch zur rosa-olivgrünen Regierung. Das wichtigste jetzt: die gesellschaftskritischen, linken Kräfte müssen stärker werden. Wir wollen unseren Teil hierzu beitragen.

rh

## Wer jetzt noch schläft, kann bald nicht mehr schlafen

Die Mediation geht zu Ende. Eine Reihe von Bahnen (s. Karte) wurden bewertet und werden der Landesregierung vorgelegt. Welche der Varianten auch favorisiert werden, der Flugverkehr soll anwachsen, Dreck und Krach in der gesamten Region würden gewaltig zunehmen.

Nun wurde Bürgermeister Brehl auf einer Veranstaltung von Bürgerinnen und Bürgern kritisiert. Da verliert er die notwendige Souveränität und schlägt unqualifiziert zurück. Tenor: alle Gruppen, Initiativen, Parteien machen nur „flotte Sprüche“, er allein ist Tag und Nacht aktiv und macht was. Dieser Vorwurf ist in hohem Grade dumm und arrogant. Wenn er der DKP vorwirft, sie sei beim Flughafen-Ausbau-Thema in-

aktiv, dann ist das schlichtweg eine verleumderische Falschaussage. Brehl weiß es. Die DKP meldet sich in dieser Zeitung seit Jahren zu diesem Thema monatlich zu Wort, sie hat eine Reihe Parlamentsinitiativen gestartet.

Über die Aktivität des Bürgermeisters gegen den Flughafenausbau ist nichts zu erfahren, weil er sich seit 1<sup>o</sup> Jahren ein Schweigegelübde auferlegt hat. Andere Bürgermeister im Umland sind da nicht so zurückhaltend, sie stehen auch öffentlich auf der Seite ihrer Bürgerinnen und Bürger, die gegen die Wahnsinns-Ausbaupläne kämpfen. Die Stunde der Wahrheit kommt jetzt schnell. Nach der Mediation „kann“ sich Brehl auch öffentlich einbringen. Er will schließlich Bürgermeister bleiben.



Denkens, aus den USA, kommt diese Stimme des „Wall Street Journal“: „In Deutschland zieht endlich ein Hauch von Reaganomics ein.“ Gemeint ist jene neoliberale Lehre, die der US-Präsident Reagan in den achtziger Jahren propagierte.

Für die Deutschen bescherte diese Regierung noch eine zweite Neujahrs-überraschung: Sie ist an allen Tankstellen abzulesen. Die Benzin- und Dieselpreis-Abzockerei. Sowohl die Bundesregierung mit der sogenannten Öko-Steuer als auch die Erdölkonzerne schlagen gemeinsam zu. Und das sieht für einen auf das Auto angewiesenen Arbeiter oder Rentner so aus: Bei einer jährlichen Fahrleistung von 10000 km zahlt er bei einem Verbrauch von 10 Litern 400 DM drauf, bei 20000 km 800 DM und bei 30000 km 1200 DM. Von Januar 1999 bis Januar 2000 hat sich der Benzinpreis um 40 Pfennig je Liter verteuert!

## Spekulanten können jubeln - kleine Leute werden abgezockt

Der sozialdemokratische Finanzminister Eichel hat zum Jahresbeginn Milliarden-Steuer-Geschenke verteilt. Nicht an die Normalbürger, sondern an die Börsenspekulanten und an die Banken.

Danach werden Gewinne aus dem Verkauf von Anteilen an einer anderen Aktiengesellschaft nicht mehr steuerpflichtig sein. Und der Spekulationsgewinn an der Börse, wenn er innerhalb eines Jahres erzielt wird, wird nur noch zu 50 Prozent versteuert, nach einem Jahr ist er ohnehin steuerfrei. Die „Rheinische Post“ vom 4. Januar schreibt dazu:

„War Rot-Grün nicht angetreten, um die Arbeit billiger zu machen, im Schweiß des Angesichts erworbenes Einkommen zu entlasten, mühelose Gewinne aus Kapitalvermögen aber zu belasten? Nun tut Eichel das Gegenteil. Er belohnt es, einfach nur Kapital zu besitzen. Wenn die Deutsche Bank demnach Daimler-Aktien, die sie 40 Jahre lang in der Schublade liegen ließ, mit 10000 Prozent Gewinn verkauft, zahlt sie keine Steuern. Klar, dass die Deutsche Bank, ja die ganze Börse sich freut.“

Es sind gerade mal ein paar Wochen vergangen, als der Bundeskanzler

Schröder auf dem SPD-Parteitag die Forderungen aus der eigenen Partei nach einer Vermögenssteuer ablehnte und dafür über eine nebulöse Erbschaftssteuer faselte. Die damals von Schröder ruhig gestellten Kritiker in Sachen sozialer Gerechtigkeit, insbesondere aus den Reihen der Gewerkschaften, haben jetzt allen Grund, ihre Forderungen für die Tarifrunde 2000 deutlich auf den Tisch zu legen.

Während sich hierzulande die kritischen Sozialdemokraten und Jungsozialisten nach dem jüngsten Eichel-Coup an den Kopf fassen und danach fragen, worin denn noch der Unterschied zum kapitalfreundlichen Kohlregime besteht, loben die Banken, die Industrie- und Wirtschaftsverbände den „vernünftigen Kurs“ der Regierung. „Ein unverhofftes Weihnachtsgeschenk“ nannte der Chefvolkswirt der Commerzbank, Ulrich Ramm, den Eichelplan. Selbst die CDU will auf eigene Steuervorschläge verzichten und bietet dem Schröder-Eichel-Duo eine Zusammenarbeit in der Steuerreform an.

Der bündnisgrüne Partner Eichels, der finanzpolitische Sprecher der Fraktion, Klaus Müller, kommentierte den Eichelplan mit diesen Worten:

„Wenn breite Bevölkerungsschichten davon profitieren (!), ist ein wohlverstandenes, langfristiges Shareholder-Value-Denken okay!“ Und aus dem Mutterland des Shareholder-Value-

Kein Wunder, dass in den Gewerkschaften die Stimmen zunehmen, die eine deutliche Reallohnsteigerung fordern und auf das dumme Geschwätz in dem sogenannten „Bündnis für Arbeit“ verzichten wollen.

## Schulbus soll jetzt Geld kosten

Die Landesregierung ist angetreten, eine neue Politik zu machen. Sie hält Wort! Die Kindergärten bekommen in Zukunft weniger Geld vom Land. Für die Volkshochschulen schmälert sich der Landeszuschuss. Die Grundschulen erhalten für die Betreuungsgruppen weniger Mittel...

Der Kreis folgt dem Beispiel und kündigt an, dass die Beförderung der Kinder zu den Schulen nur noch kostenlos sein soll, wenn die Entfernung mehr als drei Kilometer beträgt. Für unsere Stadt bedeutet das, dass über 90 Prozent der Schüler zahlen müssen. Die Wochenkarte für 11,60 DM und die Monatskarte für 40,- DM belasten die Eltern. Als soziale Wohltat wird die Anhebung des Kindergeldes gefeiert. Und anschließend wird es über andere Wege wieder den Bürgern aus der Tasche gezogen.

R. D.



## Die Stunde der Wahrheit

Kurz vor Ende der Flughafen-Mediationsrunde werden offenbar die Weichen für den Ausbau gestellt. Anders kann man die Meldung in der „Frankfurter Rundschau“ (13.12.99) nicht werten.

Um was geht es? Am 10.12.99 tagte die 99 Köpfe zählende Regionalversammlung im Frankfurter Römer. In der FR: „...die SPD (mit 43 Sitzen größte Fraktion) stimmte zähneknirschend einem Kompromißvorschlag von CDU und FDP zur Frage des Flughafenbaus zu. ... Die Regionalversammlung wirft mit diesem Beschluß ihr 1985 getroffenes Leitziel über Bord, das noch im Entwurf des neuen Regionalplans drin war: „Ein Ausbau des Flughafens soll nur innerhalb des Zaunes stattfinden.“ Die Regionalversammlung überläßt die Entscheidung möglicher Ausbauvarianten dem Mediationsverfahren und der Landesregierung. Sie verzichtet damit auf regionalplanerische Vorgaben und gibt den Zaun quasi frei.“

Drei Sozialdemokraten und die Grünen stimmten dagegen. Die Vertreter, des von einer evtl. Flughafenerweiterung besonders betroffenen Kreises Groß-Gerau, Inge Auer (rechte Hand des Bürgermeisters Brehl) und Baldur Schmitt (Erster Beigeordneter) stimmten zu. Bei den 35 CDU-Ja-Stimmen war auch Rudi Haselbach. In der Presse war zu lesen, die SPD-Zustimmung sei „zähneknirschend“ geschehen. Ohne diesen Vorgang ausführlich kommentieren zu wollen, muß man doch sagen: vor den Sozialdemokraten steht die Stunde der Wahrheit. In Kürze ist Mediationsende. Bürgermeister Brehl und Stadtverordnetenvorsteher Kurt Oeser sind von ihrem selbstauferlegten Schweigegeflüster entbunden. Sie können sich einbringen in die mittlerweile rings um den Flughafen entstandene kommunale Abwehrfront gegen eine Flughafenerweiterung. Wenn politische Aussagen gelten, kann ihre Entscheidung nur eindeutig ausfallen.

Am 18. November 1997 wurde auf einer Bürgerversammlung in Mörfelden eine Resolution angenommen, in der es u.a. heißt: „Wir werden alles tun, damit es nicht erneut zu einer Flughafenerweiterung kommt.“ (Alle anwesenden sozialdemokratischen Mandatsträger stimmten zu.)

Am 27. 11. 1997 hat die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf einen Antrag vorgelegt in dem es u.a. heißt: „Die Vorstellung, daß in unserer hochbelasteten Region noch eine weitere Start- und Landebahn möglich sei, ist eine Zumutung. Eine Umsetzung dieser Vorschläge zerstört den Frieden in der Region. Wer nach den äußerst konfliktreichen Auseinandersetzungen um die Startbahn 18 West wieder gegen die Interessen der Menschen vor Ort handeln will, hat aus der Geschichte nichts gelernt. Im Gegenteil setzt er sich in zynischer Weise über die Belastungen der Flughafenwohner hinweg. Die Geschäftsinteressen von Fluggesellschaften können und werden nicht der einzige Maßstab für die Entwicklung der Region sein.“

Bleibt anzumerken, die zu erwartenden Stellungnahmen erhalten in der Region eine nicht zu unterschätzende Bedeutung: in einem Jahr sind Kommunalwahlen und auch Bernhard Brehl will erneut als Bürgermeister-Kandidat antreten.

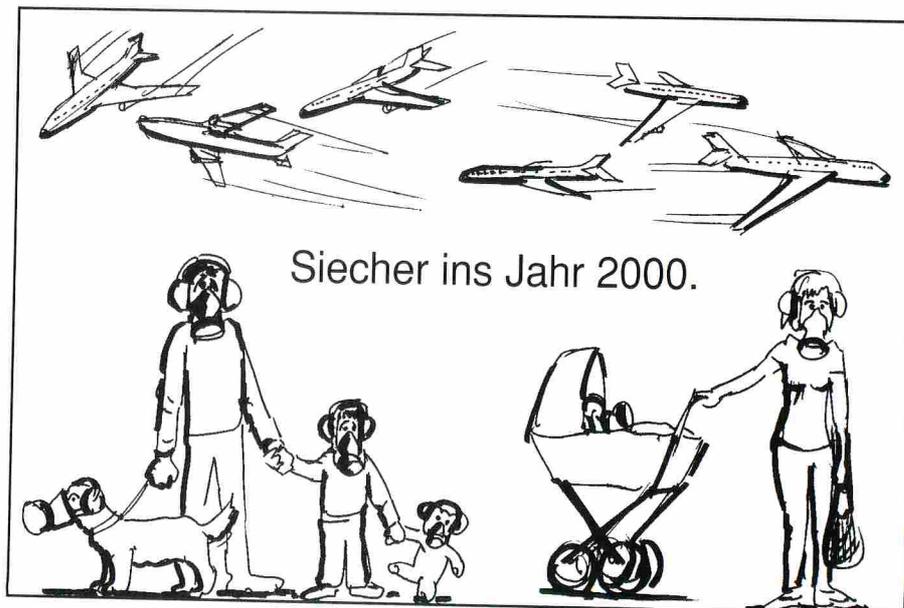
Rudi Hechler

## Das Ende?

Über 5 Millionen Steuergeld hat sie gekostet, die Mediation. Jetzt geht sie zu Ende und man darf fragen, was hat sie jenen gebracht, die keine weitere Flughafenerweiterung wollen?

Zweifellos wurden in der Mediationsrunde Untersuchungen angestellt, die sonst nicht gemacht worden wären. Aber, müßten solche Untersuchungen bei Großprojekten nicht gesetzlich vorgeschrieben sein und von jenen bezahlt werden, die Großbauten wollen? Deutlich wurde aber ein anderer Aspekt der Mediation: Wichtige Leute im Umland, dabei solche, von denen man immer noch annehmen muß, sie seien gegen den Ausbau, wurden plötzlich stumm. Sie nährten damit die Illusion, aus der Mediation könnte doch etwas Vernünftiges herauskommen. So gesehen hat der selbstverordnete Mediations-Maulkorb, gerade auch in unserer Stadt, die Herausbildung des politischen Widerstands behindert.

Aber nun wird es wirklich ernst. Die Landesregierung und die FAG machen Druck. Sie operieren mit ihren „Erfolgszahlen“. 1997: 392.000 Flugbewegungen, 1998: 415.000 Flugbewegungen, 1999: 439.000 Flugbewegungen. Was für die einen der Erfolg, wird für die Flughafenwohner zum Martyrium. Höchste Zeit, daß nicht nur bei den Bürgerinitiativen gegen den Ausbau protestiert wird.



## Der Müll - alte Sprüche und ein neues Urteil

Der Kreistag hat mit den Stimmen der SPD-Mehrheit den Haushaltsplan 2000 der Riedwerke verabschiedet. Es gibt hier 87,2 Millionen Einnahmen und 91,7 Millionen Ausgaben.

Hauptdiskussionspunkt die Abfallwirtschaft. Knackpunkt war dabei der Vertrag mit dem Zweckverband Abfallentsorgung Südhessen (ZAS). Gerade an diesem Vertrag, den manche Knebelvertrag nennen, haben sich in allen Kommunen des Kreises die Diskussionen entfacht. An dem Zustandekommen und der 10-jährigen Laufzeit dieses Vertrages gibt es seither Kritik, der man sich voll anschließen kann.

Selbst Jürgen May (SPD) räumt mittlerweile ein, daß bei den Vertragsverhandlungen mit der ZAS „Fehler gemacht worden“ seien. Trotzdem meinte er: „eine Müllentsorgung zu Aldi-Preisen gibt es nicht“. Ob man deshalb locker einer Entsorgung zu den Preisen eines Luxus-Kaufhauses zustimmen mußte, ist aber auch fraglich.

Von Anfang an war vielen klar, daß man die Verhandlungsspielräume mit der ZAS im Landratsamt nicht ausgeschöpft hatte. Woanders ging es auch anders. Wie sonst kann der Kreis Bergstraße einen Teil seines Abfalls viel preisgünstiger in Mannheim statt in Darmstadt verbrennen.

Mittlerweile gibt es auch im Kreis Groß-Gerau Kommunen, die sich Gedanken machen wie man aus diesem Vertrag aussteigen kann. In Kelsterbach sucht man solche Wege mit dem Ziel, die Müllgebühren für die Einwohner zu senken.

Interessant ist auch ein aktuelles Urteil des Verwaltungsgerichtes Bremen. Hier heißt es, die Stadt Bremen muß ihre Müllgebühren so staffeln, daß die Vermeidung von Abfall belohnt wird. Gerade Ein-Personen-Haushalte bezahlten dort zuviel, was das Gericht dort beanstandete. Auch bei den diversen Müllsatzungen im Kreis Groß-Gerau wird die Vermeidung des Mülls nicht gerade belohnt. Man darf also die Mülldiskussion nicht für alle Zeit als beendet ansehen.

## Bürgernähe - schon mal gehört?

Das Verhalten mancher Behörden den Bürgern gegenüber ist schon manchmal skandalös, was sich mit nachstehendem Beispiel gut belegen läßt.

Für die Buslinie 977, Walldorf- Mörfelden- Rüsselsheim, wurden ab 30. Mai 1999 die seither bestehenden Haltestellen Bahnhof Mörfelden, Cranachstraße, Bamberger Straße und andere im Stadtteil Walldorf gestrichen. 21 Fahrgäste, die diesen Bus regelmäßig für die Fahrt zur Arbeit benutzen, schrieben aus diesem Grund bereits am 27. Mai 1999 gemeinsam einen Brief an die Riedwerke. Darin heißt es u. a.: „Für uns Fahrgäste dieser Buslinie ist absolut unverständlich, warum solche, für uns wichtigen Haltestellen aufgelöst werden. Uns ist unklar, wem diese Entscheidung nutzt. Uns, den Fahrgästen die dort zusteigen, sicherlich nicht. Die aufgelösten Haltestellen in Mörfelden liegen in dem Stadtteil, in dem die Bevölkerung aus sozialen Gründen hauptsächlich auf den Bus angewiesen ist. Die Haltestelle am Bahnhof ist die Anlaufstelle für etliche Fahrgäste, die dort um- und zusteigen. Die aufgelösten Haltestellen werden auch von vielen Opel-Mitarbeitern benutzt, die die Umwelt schonen und anstatt mit dem Wagen zu fahren, den Bus nehmen. So eine fahrgastunfreundliche Entscheidung zwingt ja die Leute, wie-

der auf das Auto umzusteigen. Deshalb fordern wir, die Haltestellen, die vor dem 30. 05. existierten, schnellstmöglich wieder in die Fahrroute aufzunehmen.“

Daraufhin regte sich von den Riedwerken niemand, sodaß die Betroffenen am 21. Oktober 1999, also fast fünf Monate später, erneut dort rückfragten und baten, doch wenigstens die Haltestelle am Bahnhof wieder einzurichten. Weiterhin beklagen die Fahrgäste, daß am Rathausplatz Mörfelden keine Beleuchtung und an der Haltestelle Rüsselsheimer Straße keine Überdachung vorhanden ist. Auch auf diesen Brief und auf ein Schreiben an Bürgermeister Brehl, in dem die Fahrgäste ihn um Hilfe und Unterstützung baten, ist bis heute, also fast acht Monate nach dem ersten Schreiben, noch keine Antwort gekommen.

Die betroffenen Fahrgäste sind über ein solches Verhalten sehr verärgert. Sie hätten, wie sie dem „blickpunkt“ mitteilten, doch mindestens eine Eingangsbestätigung erwartet. Außerdem hätte doch nach so langer Zeit ein Lösungsvorschlag unterbreitet werden können. Eine Frau, die täglich mit diesem Bus zur Arbeit fährt meint: „Jetzt wissen wir endlich, was das Wort Bürgernähe den Behörden und Politikern, einschließlich unserem Bürgermeister bedeutet.“

Die DKP/OL- Fraktion wird sich dieser Sache annehmen und auch den schon lange ausstehenden Bericht über die Buslinien erneut anmahnen.

Heinz Hechler

---

## Wildwuchs in Kleingärten

Empört berichtet ein Nachbar, der über 30 Jahre einen Kleingarten in der Feldgemarkung zwischen den beiden Stadtteilen bewirtschaftet, von einem Schreiben der Stadtverwaltung. Diese fordert, das Gelände binnen einer angemessenen Frist zu räumen, weil die Gartenhütte ein illegales Gebäude darstelle. Zugegeben, in der Dimensionierung von „baulichen Anlagen“ sind einige „Klein“-gärtner zu weit gegangen. Doch nun zu diktieren, dass alle Kleingärten dort zu verschwinden haben, halten wir

für überzogen. Das Problem ist, dass die Verwaltung nicht fähig oder willens ist, ein Kleingartengelände auszuweisen. Seit Jahren fordern wir größere Anstrengungen auf diesem Gebiet.

Die Feldgemarkung kann man doch nur „in Ordnung bringen“, wenn man den Kleingärtnern auch einen Ersatz anbieten kann. Der Kleingärtner leistet auch einen Beitrag zur ökologischen Vielfalt und Kultur der Gemarkung. Oder soll die verwilderte Brache zwischen den Stadtteilen das Zukunftsbild sein? Die Pflege von Streuobstgrundstücken wird bis zum Nimmerleinstag verschoben, bis keine Streuobstbestände mehr vorhanden sind.

R. D.

## Südümgehungs- die unendliche Geschichte

Drei Jahrzehnte diskutiert und plant man die Umgehung Mörfeldens. Die Autoflut auf B 44 und B 486 im Stadtteil Mörfelden schwillt ständig weiter an. Die wenigen Maßnahmen wie Tempo-reduzierung haben nichts bewirkt. Die innerörtliche Verkehrsberuhigung, Radfahrer- und Fußgänger-freundliche Straßen, liegt seit Jahren auf Eis. Manchmal hat man den Eindruck, dass manchen im Rathaus der Zustand zur Gewohnheit geworden ist, dass eine Lösung nicht unter den Nägeln brennt. Gestorben ist die Autobahn-ähnliche vierspurige Lösung, die sich von Wall-dorf-Nord - An den Eichen - zwischen Industriegebiet Ost und Müllberg - in weitem Bogen bis Wasserwerk Mörfel-den - die Darmstädter Straße kreuzend - entlang des Waldes und Hegbaches - in Nähe der Nikolauspforte die Bahn überspannte und an die jetzige B44 anschloss - alsdann durch den Wald zur B486 in Richtung Rüsselsheim führte.

Eine „abgespeckte“ Lösung kam aber auch nicht zum Zuge, weil inzwischen neue Umweltargumente aufkamen. Nicht mehr über das Wie, sondern über das Ob wurde gestritten. Die Nordum-fahrung wurde als Alternative genannt. Dass die Nordumfahrung - die seit drei Jahren mit der Inbetriebnahme der Westtangente (Wageningen Str.) besteht - das Verkehrsaufkommen bewältigen kann und von den Autofah-vern angenommen wird, ist zu bezweifeln. Weder kann man die Verkehre von beiden Bundesstraßen auf eine konzentrieren, noch kann man den Anwohnern des Vitrolles-Rings diesen geballten Verkehr zumuten.

1996 hat das Stadtparlament das letzte Mal beschlossen, die Südümgehung zu bauen. Das Amt für Straßen- und Verkehrsplanung Darmstadt, das für die Planung federführend ist, war nun motiviert, diese zügig zu bearbeiten. Dazu gab es einen Arbeitskreis, in dem die verschiedensten Ämter, Institutionen, Verbände versammelt waren. Grundlage der Planung sollten die Ergebnisse von Verkehr (Verkehrsaufkommen, Straßenquerschnitt, Streckenlänge, Anbindungen etc.) ebenso sein wie die Ökologie. Verschiedene

Streckenführungen wurden derart untersucht und im Arbeitskreis besprochen. Das Ergebnis ging nun der Stadtverwaltung zu und soll von den Stadt-verordneten abgesegnet werden.

Doch nun geht das Gezeter von neuem los. Grund: Statt Sportplatztrasse die Schwimmbadtrasse. Der Bürgermeister - seit fünf Jahren im Arbeitskreis vertreten - klagt jetzt über die „objektiv unausgewogene Besetzung der Arbeitskreissitzungen“. Dabei hätte man doch schon vor fünf Jahren wissen müssen: Neue Untersuchungen und Planungen können zu anderen Ergebnissen führen. Die Schwimmbadweglösung ist machbar, sagt eine Studie. Soll denn an diesem Detail die Umgehungsstraße scheitern? Denn das haben die Straßenplaner damals auch gesagt: Wenn die Stadtpolitiker sich nicht einig sind, wird überhaupt nicht gebaut! Und war nicht der damalige Beschluss auch ein Kompromiss, damit es überhaupt voran geht?

Langen hat seit Sommer letzten Jahres eine Umgehung, vierspurig soll es bis zur BAB 5 weiter gehen. Damit ist für viele Autofahrer die Verbindung von der BAB 661 zur BAB 67 fast geschlossen. Zu erwarten ist also noch stärkerer Autoverkehr, der das Frankfurter Kreuz umfahren will. Somit ist eine Entlastung noch dringlicher.

Wie allgemein im Leben, so gilt auch hier, wenn sich etwas verändern soll, sind die Betroffenen selbst gefragt. Die Anwohner der betroffenen Straßen (Rüsselsheimer Str., Gärtnerweg, Groß-Gerauer-Str., Darmstädter Str., Westend- und Langener Str.) sollten sich diesen täglichen Lärmterror nicht länger gefallen lassen. Vor Jahren gab es mal eine Unterschriftenliste, selbst solche Aktivitäten sind einschlafen. Wichtig wäre eine Bürgerinitiative, die hartnäckig mit phantasievollen Aktionen dem Amtsschimmel Feuer unter den Hintern macht.

Rudolf Dötsch

## Lärm um die Lärmschutzwand

Im Dezember fand eine weitere Bürgerversammlung zum Thema Lärmschutzwand für das neue Baugebiet Passage/Lange Äcker statt. Der Bürgermeister als Moderator des Abends erklärte den Sachstand des Verfahrens. Ein neues Gutachten war zu dem Schluss gekommen, dass die Schutz-wand verkürzt werden könne. Dadurch brauchen etliche Anwohner des Alt-stadtteils nicht zu den Baukosten beitragen. Gar nicht moderat machten sich etliche Anwohner Luft und beschuldigten die Verwaltung ob der Kosten, die auf sie zukommen. Sie befürchten, dass sie mehr zahlen müssen, obwohl die Wand kürzer und billiger wird, weil die Zahl der Zahlenden kleiner wird. Strotzte der Bürgermeister bei der ersten Zusammenkunft im Oktober noch vor Rechtssicherheit, so ist er doch jetzt sehr kleinlaut geworden. Das drückt sich aus in einem neuen Prüfverfahren zur Berechnung der Lärmzonen und in einem weiteren Gutachten zur Beurteilung der Rechtslage. In der Tat, je mehr man hinterfragt, desto nebulöser wird die Sache und Zweifel kommen auf. Beispiel: Da ist ein Haus, das nur deshalb in der Lärmzone liegt, weil das Nachbargrundstück zur Bahn nicht bebaut ist. Muss der Hauseigner zahlen? Bekommt er etwa Geld zurück wenn der Nachbar baut und er dann aus der Lärmzone heraus fällt? Bei der Berechnung der Lärmzonen werden Grundstücke angeschnitten. Laut Aussage der Verwaltung ist für das ganze Grundstück zu zahlen. Man stelle sich vor, ein 500-m<sup>2</sup>-Grundstück liegt mit 20 m<sup>2</sup> seines Vorgartens in der Lärmzone, muss aber fürs ganze Grundstück zahlen. Sollen da nicht rechtliche Zweifel aufkommen?

Man kann jedenfalls erwarten, dass Klagegemeinschaften gebildet werden, die gegen die angebliche sichere Rechtslage zu Felde ziehen. Über den Ausgang solcher Verfahren darf man spekulieren. Steht etwa am Ende, dass die Stadt die Gesamtkosten von 2,5 Mill. Mark alleine bezahlen muss? Und immer wieder muss man fragen, wer uns die Suppe eingebrockt hat. Letztendlich kommt man zu dem Schluss, dass in unserem überlasteten Ballungs-raum die Grenze der Ausdehnung überschritten ist.

dr





*Gedenkstätte für die ermordeten Sozialisten in Berlin. Hierher zieht in jedem Januar ein politischer Demonstrationszug zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. 100.000 Leute kommen regelmäßig, es ist die größte jährliche politische Manifestation in unserem Land. In diesem Jahr wurde der Gedenkzug am 8. Januar aus politisch-provokativen Gründen von der Polizei verboten. Aber am 15. Januar wurde er durchgeführt. Fast Hunderttausend Demonstranten erinnerten an Karl und Rosa.*

## Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

*Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin nach einer beispiellosen Hetzkampagne brutal ermordet.*

*Auch viele Leserinnen und Leser unserer Zeitung, vor allem jüngere, wissen nicht, was damals geschah. Es gab zwar vor Jahren einen guten Rosa-Luxemburg-Film und viele neuere Veröffentlichungen, trotzdem liegt hier vieles im Dunkeln. Deshalb unser Bericht. Wir stützen uns hierbei auf folgende Literatur: Klaus Gietinger. „Eine Leiche im Landwehrkanal“, Verlag 1900 Berlin; „Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens“, Suhrkamp 1967.*

Ende der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts trifft die Sozialistin Rosa Luxemburg aus der Schweiz, wohin sie ins Exil gegangen ist, um sich der Verhaftung wegen der Teilnahme an der illegalen polnischen Arbeiterbewegung zu entziehen, in Berlin ein. Auch der Jurist Karl Liebknecht zieht von Moabit in ein Zweifamilienhaus in Berlin-Wedding, wo SPD-Abgeordnete

„Eigentum bilden“. Vom Februar 1915 bis Februar 1916 sitzt Rosa Luxemburg wegen Antikriegsagitacion und Majestätsbeleidigung im „Königlich-Preußischen Weibergefängnis“ ein. Ein Magenleiden bereitet ihr starke Schmerzen und das Haar wird weiss. Sie schreibt: „Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen.“ Am 1. Mai 1916 demonstrieren auf dem Potsdamer Platz Tausende gegen den Krieg. Als Liebknecht ruft: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung“, wird er verhaftet, zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt und im Oktober 1918 nach einer Kette von Massenstreiks und Protesten amnestiert. Auch Rosa Luxemburg, der „Adler der Revolution“, wird schon im Juli 1916 wegen „pazifistischer Hetze“ wieder in „Sicherheitshaft“ genommen.

Im Advokaturbüro der Brüder Liebknecht, Rechtsanwältin, ist schon im Januar 1916 von SPD-Oppositionellen, die im August 1914 gegen die Kriegskredite gestimmt haben, die „Gruppe Internationale“, die sich am 11. November 1918 „Spartakusbund“ nennt und die Keimzelle der späteren KPD bildet, gegründet worden. Am 9. November 1918 proklamiert der SPD-Politiker Scheidemann, „um Schlimmeres zu verhindern“, von einem Fenster des Reichstags aus: „Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt! Es lebe die deutsche Republik“. Wenige Stunden später holt Liebknecht auf dem Balkon des Berliner Schlosses nach: „Wer von euch die freie sozialistische Republik Deutschland und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwure.“ Alle schwören es. Und am Mast der Kaiserstandarte wird die rote Fahne gehisst.

Im Januar 1919 werden von den Aufständischen alle drei Berliner Bahnhöfe besetzt. Im Palais des Reichskanzlers diskutieren derweil drei „Sozialdemokraten“, wer den Hals über Kopf in Berlin einmarschierten Truppen den ultimativen Schießbefehl geben solle. Ein Flugblatt schreit: „Arbeiter, Bürger! Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Rettet es! Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen: Von der Spartakusgruppe! Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben! Die Frontsoldaten“. Gustav Noske, Kriegsminister der SPD, erklärt sich bereit, der „Bluthund“ zu sein. Am 13. Januar erscheint im sozialdemokratischen „Vorwärts“ das Gedicht eines gewissen Artur Zickler: „Viel hundert Tote in einer Reih- Proletarier! / Karl, Rosa, Radek und Kumpanej - es ist keiner dabei, es ist keiner dabei! Proletarier!“

Am Abend des 15. Januar werden Luxemburg, Liebknecht und Wilhelm Pieck durch die „Wilmsdorfer Bürgerwehr“ verhaftet und nahe dem Landwehrkanal und

dem Neuen See ins Hotel „Eden“ verschleppt, wo sich das Stabsquartier der berüchtigten, bis an die Zähne bewaffneten Garde-Kavallerie-Schützen-Division befindet. Nachts gegen 23 Uhr wird Liebknecht in den Tiergarten transportiert und mit drei Schüssen in den Rücken und in den Kopf hingestreckt. Seine unkenntlich gemachte Leiche wird anschließend als die eines „aufgefundenen unbekanntenen Toten“ in der Tiergarten-Rettungsstelle beim Bahnhof Zoo abgegeben.

Auch Rosa wird aus dem Hotel gezerrt, vor dem Hauptportal mit zwei Kolbenhieben bewusstlos geschlagen und in ein zweites bereitstehendes Automobil geschleift. Im Fall der gehbehinderten Rosa Luxemburg erscheint die Legende „Fluchtversuch“ nicht glaubwürdig. Es wird eine „lynchende Masse“ inszeniert. Diese „Masse“ wird von einem Leutnant der Garde „gespielt“, der an einem abgemachten Platz wartet, aufs Trittbrett springt, die ohnmächtige Frau erschießt, wieder abspringt und im Dunkeln verschwindet. Die erregte Meute wirft sie vom Lützowufer aus, kurz vor der Lichtensteinbrücke, hinter dem heutigen Fünfsterne-Hotel „Hilton“, in den Landwehrkanal. Am Tag danach feiert die Bürgerwehr Wilmsdorf, von der jedes Mitglied, jeder „brave Bürger“, wie es in der Urkunde heißt, 1700 Mark ausbezahlt kriegt, die Schandtat zusammen mit dem Freikorps im Hotel „Eden“. Die eigentlichen Auftraggeber, Noske und Wilhelm Canaris, damals Mitbegründer einer konterrevolutionären Marinebrigade und Adjutant Noskes, sind nicht dabei.

Dem Doppelmord folgte eine Justizposse ohne Ende, zwei Schläger und Schützen wurden schließlich zu lächerlich geringen Haftstrafen verurteilt, konnten aber wunderbarerweise vor Haftantritt entkommen. Waldemar Pabst, der Anführer der Meute, kehrte 1943 auf Anraten Canaris', der wollte, dass er für ihn in der Schweiz spioniere, von einer Geschäftsreise nicht mehr nach Deutschland zurück und konnte dank seiner hervorragenden Kontakte zu den Eidgenössischen Behörden noch bis 1955 in der Schweiz bleiben. „Dass ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte (mit Ebert im Hintergrund) und auch meine Offiziere schützen musste, ist klar. Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin. Ich habe als Kavallerist das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, dass ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit“, notierte Pabst, der Hauptmann der Schützengarde, in seinen Papieren, die im Nachlass dieses bis zu seinem Tod im Jahre 1970 aktiven Neonazi-Ideologen gefunden wurden.



## Sozialverpflichtet

Der Jugend gehört die Zukunft, Kinder sind unsere Zukunftssicherung. Kinder und ihre Eltern brauchen Sozial-einrichtungen, die bezahlbar sind. Die- sem hohen Anspruch fühlt sich die DKP/OL-Fraktion verpflichtet. Daher stand als oberster Punkt auf der Prio- ritätenliste, die mit der SPD in Sachen Kooperation geschlossen wurde, die Festschreibung der Kindergartenge- bühren und -standards. Wir wissen, dass die Vereinbarung den Kämmerer und den Bürgermeister schmerzt. Durch die Personalreduzierung in den Kitas durch die Verminderung der Personal- reserve für Urlaub und Krankheit wur- de schon an den Standards „herumge- bastelt“, was wiederum uns schmerzte. Nun droht ein neuer Coup der Ver- waltungsspitze. Wegen reger Nachfra- ge nach Ganztagskindergartenplätzen (einschl. Mittagessen) ist eine weitere Ganztagsgruppe geplant. Dies soll gekoppelt werden mit einer drastischen Verteuerung. Zusätzliche Betreuung über Mittag in einer Essensgruppe von 36,- auf 66,- DM, Betreuungsgebühr in Kinderhort (für das 1. Kind von 183,60 auf 213,60 DM (für das 2. Kind von 93,60 auf 123,60 DM). Wir sagen Ja zu einer weiteren Ganztagsgruppe. Sie ist nötig, weil viele Mütter einer Berufs- tätigkeit nachgehen wollen/müssen. Wir sagen Nein zur Verteuerung. So- lange es sich dieser Staat leisten kann, auf die Versteuerung großer Vermö- gen zu verzichten, solange die Rü- stungsprogramme nicht geschmälert werden, wird man Gebührenerhöhun- gen in Kinderbetreuungseinrichtungen als unsoziale Abzockerei bewerten. Da nützt aus kein Gejammer des Käm- merers über die knappe Stadtkasse.

D. R.

## Mafia-Nachrichten

Jeden Tag kommen neue Fakten über den Spenden-Sumpf auf den Tisch. Der momentane Höhepunkt: Die hes- sische CDU, mit ihrem „Saubermann“ Kanther ist tief verstrickt in die Mafia- Strukturen. Jahrelang hörte man von diesen Typen: „Wir stehen für Recht und Gesetz“. Alles Quatsch - es sind ganz einfach Kriminelle.

Der „Südkurier“ (6.12.1999) schreibt: „Wenn nicht jetzt, wann bietet sich Schäuble dann die Chance, das Sys- tem Kohl auf den Müllhaufen der Ge- schichte zu werfen? Es war ein unge- rechtes System, das kritische Köpfe gnadenlos abgestraft und Vasallen belohnt hat. Sogar mit schmutzigem Geld, wie sich jetzt zeigt.“ Wenige Wochen später zeigte sich, Schäuble hat selbst eine Menge Dreck am Stek- ken.

Die „Nordwest-Zeitung“, (3.1.2000) meint: „Die Glaubwürdigkeit von Politi- kern ist jedoch nicht in erster Linie ein juristisches Problem. Wenn Millionen DM unbekannter Herkunft in Koffern übergeben werden..., erinnert dies an Kriminalgeschichten. Wenn die han- delnden Personen nichts zur Aufklä- rung solcher Geschichten beitragen, dürfen sie sich nicht wundern, dass sie dem Bürger in einem verdächtigen Licht erscheinen.“

Das ist ein besonders heikler Punkt. Die Millionen der Waffenhändler wa- ren ja Schwarzgeld - also den Finanz- ämtern hinterzogenes Geld. Anders, die Schwarzen hatten schwarze Kas- sen mit illegalem Schwarzgeld. Bei allem sollte man nicht vergessen, die Mafia-Methoden, der stinkende

Sumpf hat System. Besser - er ist das System. Im Kapitalismus wird nunmal alles zur Ware. Wer Geld hat kann sich alles kaufen. Reiche sind einflußreich. Und noch etwas sollte im Hinterkopf bleiben: Der Kohl-Sumpf ist nur die Spitze des Eisbergs, darunter liegen die vielfältigen Verbindungen von krimi- nellen oder auch nichtkriminellen Geschäften, die Entscheidungsträger beeinflussen sollen. Da kommt mal bei der FAG was hoch, da werden Politiker über Nacht zu glühenden Verfechtern des Flughafenausbaus, da wandert auch mal ein Landrat oder ein Bürger- meister in den Knast, wenn etwas über Schmiergelder bekannt wird.

Die ganz Großen, die werden schon wieder aus dem Sumpf herauskom- men. Dafür gibts dann teure Staran- wälte, übergeordnete Interessen, ge- genseitige Rücksichtnahmen. Bei ei- nem kleinen Handwerker sitzt die Steu- erprüfung oft tagelang in seinem Büro - bei den Großen wird das alles meist diskret im Vorfeld abgehandelt. Wie gesagt, es ist das System.

Vor über 100 Jahren hat es Karl Marx in „Das Kapital“ präzise beschrieben: „Mit entsprechendem Profit wird Kapi- tal kühn.

Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden;

20 Prozent, es wird lebhaft.

50 Prozent, positiv waghalsig,

für 100 Prozent stampft es alle mensch- lichen Gesetze unter seinen Fuß;

300 Prozent, und es existiert kein Ver- brechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“ rh

Der „blickpunkt“  
freut sich auf  
Leserbriefe



# Stadtgeschichten



Fünf Walldorfer Forstarbeiter- damals nannte man sie noch Holzmacher- fotografiert in den dreißiger Jahren bei einer kleinen Verschnaufpause. Ihre Tätigkeit war damals, noch mehr als heute, eine schwere und gefährliche körperliche Arbeit, bei der nicht selten Verletzungen aber auch vereinzelt Todesfälle vorkamen. Außer Axt, Schläge und Keil, der Bogen- oder Bügelsäge (links im Bild) und der Trummsäge (Schrot- oder Zugsäge), gab es keine Werkzeuge. Die Motorsäge oder gar Traktoren mit Hilfsgeräten und auch die heute obligatorischen Schutzhelme waren unbekannt. Mit dem Schubkarren im Vordergrund des Bildes, wurde das Meterholz zusammengefahren und zu Stößen am Wegrand aufgesetzt. In den Wintermonaten kamen zum Holzfällen zusätzlich zu den Stammkräften der Reviere noch Bauarbeiter, deren Baustelle zeitweise ruhte oder die im Winter ihre Entlassungspapiere bekamen.



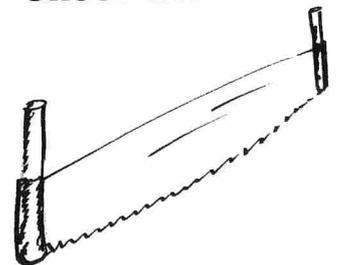
Festzustellen ist, dass bei dem vielen Holz, das man damals noch als Brennholz in den Haushaltungen benötigte, nicht so viel Wald verloren ging, als in den letzten Jahrzehnten, in denen kaum noch Holz verfeuert wurde. Allein im Zuständigkeitsbereich des Forstamtes Mörfelden-Walldorf sind in der Nachkriegszeit etwa 2000 ha Wald für Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen einschließlich Flughafen verloren gegangen. Weitere gewaltige Verluste drohen durch die erneut geplanten Vergrößerungen des Flughafens.

BAGATELLEDELIKTE  
SOLLEN JA JETZT MIT  
GEMEINNÜTZIGER  
ARBEIT BESTRAFT  
WERDEN KÖNNEN.

DES ISCH NETT VON  
DIE ROT-GRÜNEN,  
HELMUT!



## Unser Lexikon



Drummsääh  
Trummsäge